

## Bezirksmitteilungen

Die Ortsgruppen haben für ihre Rundgebungen am 1. Mai sofort Mailarten zum Preise von 5 Pf. im Sekretariat, Dresden, Jakobsgasse 15, zu bestellen. Bezirksleitung.

### Achtung!

Folgende Firmen sind wegen Lohn Differenzen gesperrt: Werner, Dresden-A., Weisbach, Seidenau, Kluge, Schönbau.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Veröffentlichung gebeten.

Deutscher Bauergewerksbund, Dresden. Steinarbeiterverband Deutschlands, Dresden.

Ein Kindergehilfe, der zur „Erholung im Kinderheim in Arnsdorf“ war, sendet uns einen Aufsatz, der ein erschütterndes Licht auf die Art der „Jugendhilfe“ der Bourgeoisie wirft. Wir bringen denselben angefügt.

## Im Kinderheim Arnsdorf

(Von einem Mitglied des Jung-Sportklubverbandes.)

Es wird viel in bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen über die „Wohltätigkeit“ gegenüber der Jugend geschrieben, daß immer mehr Kinderheime geschaffen würden und vieles andere. Nur das Oberflächliche scheint man da, wie es innen aussieht und jugend, wird nicht geschilbert. Sie schreiben, daß es den Kindern gut geht und daß es denselben gefällt. Ich war sechs Wochen in Arnsdorf im Kinderheim und will verschiedene herausheben, damit ein jeder einen Einblick gewinnt. Zur Nachmittagsmahlzeit gab es öfter Kaffee, es war artig, dieselben zu essen, sie waren mäßig, auch waren Spinnweben darin. Auch gab es sehr viel Marmeladebrotchen, obgleich wir zur Erholung dort waren und uns trüben sollten, gab es trotzdem bald zu jeder Mahlzeit welche. Während des Mittagessens mußten sich einige Kinder in die Ecke stellen oder hinausgehen, in der Zeit wurde das Essen kalt. Ein Junge hatte sich einmal nach uns umgesehen, da drückte die Führerin ihn mit dem Kopf an die Wand. Sie verlangte demnach, daß er nicht offen, die Hand ableiten sollte. Auf diese Weise wird man hier die gestillt. Abends, vor dem Schlafengehen, wurde das Vaterland gebetet, danach gab es aber auch gleich wieder Ohrfeigen, wenn jemand nicht ruhig war, aber keine jarten. Andere wieder mußten sich zur Strafe im Hemde neben das Bett stellen, das war im Herbst, und es nicht warm ist. Später überdeckten wir in ein anderes Heim. Wenn man hier auf der Toilette wollte, so mußte man die Toilette anschauen, weil das Wäcker und der Dreck zwei bis drei Zentimeter hoch standen. In den ersten Tagen hatten wir für 10 Mann ein Klosett, später zwei. Die Führerinnen waren alle bürgerlich, christlich, eine hatte sogar ihr Sakrament angedeutet. Es ging auch sehr patriotisch zu, Nieder vom Kaiser und Königen wurden gelernt und gesungen. Schwarz-weiß-rot war an der Tagesordnung.

Das war in einem staatlichen Kinderheim der deutschen Republik, also verstoßen doch die Führerinnen gegen dieselbe. Bistweil gibt es auch bessere Kinderheime, das werden aber sehr wenige sein, wenn es welche gibt. Als Gegenstück haben wir dann immer die „Internationale“ geungen, die ein Teil von uns gelernt hatte.

Unser Heim lag in der Umkle der Geisteskranken, da konnten wir dieselben ein wenig beobachten. Die madigen Keffe, die wir später nicht mehr offen, belamen die Geisteskranken, und die freuten sich darüber. Einmal hatten sie uns sogar angehalten und frugen, ob wir nicht bald wieder welche hatten. Wenn manchmal Essen bei uns übrig blieb, so kam es weg, wir nahmen dasselbe immer mit in die Aufwandsküche, in derselben waren geisteskrante Frauen, die kamen heraus und freuten sich, wenn wir ihnen etwas gaben. Sie stürzten sich darüber her, nur allen Dingen, wenn einmal Fleisch dazwischen war. Daraus muß man schließen, daß die Geisteskranken nicht zu viel zu essen bekommen.

Arbeiterkellern! So wie hier, treibt man es überall mit euren Kindern. Helft mit an der Befreiung des Proletariats. Damit wir dann richtige und wirkliche Kinderheime bauen können, in denen es den Kindern gefällt und sie zu Menschen erzogen werden. Schickt eure Kinder in den Jung-Sportklubverband.

Diese Methoden haben wir schon vor nicht allzulanger Zeit an dieser Stelle festgehalten. Damals kostete das „Strafessen“ ein junges Menschenleben. Soll das kein Ende nehmen? Nun, wenn alle proletarischen Kinder so aufmerksam und klar blicken werden, wie der kleine Schreiber dieses Aufsatzes, wird wohl die Zeit auch für die Jugend Deutschlands gekommen sein, die den russischen Kindern Sonne und Freiheit brachte.

**Kadeberg.** Wie die Kasse das Kaufen nicht lassen kann, so kann die „Dresdner Volkszeitung“ das Schwindeln nicht lassen. Sie behauptet die amos Wahlpropaganda für den Vertreter der Pfaffen und Schmeichele, daß der kommunistische Stadtrat Volbig noch immer der kirchlichen Kirche anhängt. Es sieht der SPD. Zeitung, die den Pfaffenvertreter über allen Klee hebt, wahrhaftig lächerlich, den atheistischen Moralisten zu spielen. Aber wie liegt der wirkliche Sachverhalt. Genosse Volbig ist, wie er durch Bezeichnung nachweisen kann, bereits am 16. Februar formell aus der Kirche ausgestrichen, hat jedoch schon längst vorher den Bruch mit der Kirche vollzogen. — Anders ist es bei dem Berichtshalter der „Dresdner Volkszeitung“. Wer im Gaststättenamt, soll nicht mit Steinen werfen! Er ist noch längere Zeit, in der er der SPD. angehört, Mitglied des christlichen Jungmännervereins gewesen. Die „Dresdner Volkszeitung“ wird darauf antworten, Religion ist Privatfache. — Was sagen aber die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend dazu?

**Freital.** In den letzten Tagen hat das Lebensmittelamt eine Anzahl Milchhändler festgesetzt, die Milch zum Verkauf brachten, welche nicht den Anforderungen des Milchregulativs der Stadt Freital entsprachen. Nach diesem Regulativ darf Milch als Vollmilch nur dann verkauft werden, wenn sie mindestens 2,8 Prozent Fettgehalt hat. Die Milchhändler haben die Milch in ihrem eigenen Interesse die von den Erzeugern gelieferte Milch auf den Fettgehalt zu prüfen und minderwertige Milch zu beanstanden. Diese Milch darf nur als Magermilch in den Verkauf gebracht werden. Auch Erzeuger sind in den letzten Tagen festgesetzt worden mit minderwertiger Milch, die sie als Vollmilch verkaufen. Das Lebensmittelamt wird das Milchregulativ im Interesse der städtischen Verbraucher rückstandslos zur Anwendung bringen, so bald bei Milchhändlern mehrere Male festgestellt worden ist, daß sie minderwertige Milch als Vollmilch anstatt als Magermilch verkaufen. Sie haben die Entziehung der Handelszulassung zu erwarten, daselbst trifft auch auf Erzeuger zu.

Der Bezirksauschuss der Gewerkschaften des Blauen Grundes hat im März die Bezirkskommission beauftragt, am 1. Mai in einer Maidemonstration aufzurufen, diese Demonstration vorzubereiten und durchzuführen.

Dieser Beschluß der Gewerkschaftsfunktionäre wurde damals einstimmig gefaßt, und es hätte nunmehr erwartet werden dürfen, daß die Bezirkskommission mit dem Arbeitersekretär Liebelt an der Spitze diesen einmütig gefaßten Beschluß durchzuführen und am 1. Mai die Arbeiterchaft ohne Unterschied der parteipolitischen Strömungen zu einer gewaltigen Demonstration der werktätigen Massen für die Zurückeroberung des Achtstundentages aufzurufen hätte.

Faßt in keinem Betriebe des Blauen Grundes ist es der Arbeiterchaft möglich gewesen, den Achtstundentag der Arbeiterchaft zu erhalten. Wie erinnern wir an die gewaltigen Kämpfe um die Erhaltung des Achtstundentages, die die Arbeiter der Gichtshütte, die Bergarbeiter und zuletzt die Eisenbahner geführt haben. Es war gerade der zusammengebrochene Streik der Eisenbahner, der im Bezirksauschuss zur Diskussion stand, der dann auch die Anregung zu dem bereits erwähnten, einstimmig angenommenen Antrag gab.

Auf der ganzen Linie hat es das Unternehmertum bisher verstanden, infolge der feigen, erbärmlichen Haltung der SPD. und der reformistischen Gewerkschaftsführer den Arbeiter eine Position nach der anderen zu nehmen.

Den Betriebsräten hat man die wenigen Rechte genommen — der Arbeiter ist der brutalen Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Verlängerte Arbeitszeit und Lohnkürzungen — das sind die Karotten der Unternehmer auf der ganzen Front.

Heute drohen die sächsischen Metallindustriellen, 200 000 Metallarbeiter auszuperrern, weil einige taubend Holzarbeiter sich dem frechen Unternehmerterror nicht fügen wollen.

Was tun die SPD. und die reformistischen Gewerkschaftsführer?

Die feigen und erbärmlichen Kampfesmethoden der alten erfahrenen Gewerkschaftsstrategen, die verträterische Rolle der sozialdemokratischen Führerschaft, rechter und linker Couleur, die sich im Wahlkampf offen als die Zureiber und Lakaien der Bourgeoisie und der Schwerindustrie demaskiert haben, sie sind es gewesen, die es dem

Unternehmertum ermöglicht haben, heute offen mit den brutalksten Methoden gegen die Arbeiter vorzugehen.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD. tun nichts, um die Arbeiter für die drohenden gewaltigen Kämpfe vorzubereiten und zu mobilisieren.

Die Beschlüsse der Gewerkschaftsfunktionäre, gegen die man nicht wagt offen anzukämpfen, werden durch ein Konzipit rechtler und linker Sozialdemokraten und reformistischer Gewerkschaftsangehöriger entgegen dem Willen der Arbeiter sabotiert und zu einem Parteigelächter für die korrupte Sozialdemokratie gemacht.

An Stelle einer Demonstration veranstaltet man Zeitungsveranstaltungen mit Musik und Rezitation, Kammermusikabende und Kommerse.

Der Kampfwille der Arbeiter soll unterdrückt und dazü nicht geweckt werden.

Das ist der Sinn der feigen Sabotage. Die Arbeiterchaft des Blauen Grundes soll weiterhin eingeschläfert werden mit Festgefang, Rezitationen, Musik, mit Theorien vom Volksentscheid und Washingtoner Abkommen.

Die Massenbewegte Arbeiterchaft des Blauen Grundes muß diesen Verrat und gemeine Sabotage verhindern und zunichte machen.

Die SPD. ruft die Arbeiterchaft des Blauen Grundes auf, am 1. Mai den feigen Verrat der Bezirkskommission mit einem Massenaufruf der revolutionären Arbeiter zu beantworten.

Heraus zur Maidemonstration!

Demonstriert am 1. Mai

für den Achtstundentag für 10 Prozent Lohnsteigerung für besseren Arbeiterschutz gegen die Reaktion gegen die Arbeitszeitverlängerungen und Lohnabbau gegen die Luther-Regierung für die Diktatur des Proletariats. Heraus zum Kampf!

Stellen früh 9 Uhr am Sächl. Wolf — Tharand, Habernau, Cohnmarusdorf und Hainsberg 8.15 Uhr an der Eisenbahnbrücke Hainsberg. — Gittersee-Pannowitz 8.15 Uhr Sopsenbüte, Burgl.

## Gegen die Blühersche Gemeinde „reform“ Die Gemeindeverordneten gegen den Anschlag der Feldregierung

Der von der kommunistischen Partei erlassene Aufruf zum Protest gegen die neue Gemeindeordnung hat in einer Reihe von Stadt- und Gemeindeparlamenten lebhaftesten Widerhall gefunden. Es liegen bereits eine Anzahl Beschlüsse von Gemeinde- und Stadtparlamenten vor, die sich in klarster Form gegen die drohende Anhebung der demokratischen Rechte der Gemeinde- und Stadtverordneten wenden.

In Werdau, Crimmitschau und Haindorf bei Köditz wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Gemeindeverordneten protestieren gegen die Verschlechterung der sächsischen Gemeindeordnung und verlangen vom sächsischen Landtag Ablehnung der Vorlage 176. Die schon jetzt bestehende Gemeindeordnung bedeutet für das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ein Hemmnis und das Kollegium verlangt von den behördlichen Instanzen Einbringung einer Vorlage zur Verbesserung der jetzt bestehenden Gemeindeordnung an den Landtag.“

Dieselbe Resolution wurde in Luga u und Pleißa mit den Stimmen der SPD. und KPD. gegen die Bürgerlichen angenommen. In Königs wald e. G. stimmten für die Resolution die SPD. und KPD., sowie ein Teil der bürgerlichen Verordneten, so daß die Resolution auch hier Annahme fand. Das Remler Gemeindeverordnetenkollegium nahm die erwähnte Resolution ebenfalls an, doch stimmten hierfür nur die Kommunisten, während die Sozialdemokraten die Sitzung durch Abwesenheit sabotierten.

In Bormsgrün wurde folgende Resolution mit den Stimmen der KPD. gegen die Bürgerlichen angenommen:

„Die Gemeindeverordneten der Gemeinde Bormsgrün protestieren aufs Schärfste gegen die geplante Aenderung der Gemeindeordnung. Was schon durch die bisherige Gemeindeordnung den Gemeinden nicht die volle Selbständigkeit gegeben, die im Interesse einer fortschrittlichen Verwaltung notwendig ist, so stellt die von der Regierung Feldt eingebrachte Aenderungsgesetzentwürfe alles bisher Dagewesene in den Schatten. Neben der Beseitigung des Einspruchsverfahrens durch die Genehmigungspflicht für Ortsgesetze, soll die alte Ratverfassung wieder hergestellt werden. Die Gemeindeverordneten sollen kein Einspruchsrecht mehr haben, die Wählbarkeit, die bisher an keine Aufenthaltszeit gebunden war, soll nach der Vorlage erst nach einem einjährigen Aufenthalt an Orte gebunden sein. Die Gemeindebürgerabstimmung nach §§ 70 bis 72 soll abgeschafft werden. Die Vorkandidaten der gemischten Ausschüsse werden von dem Gemeinderat bestimmt. Jedes Recht der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Beamten soll den Gemeindeverordneten genommen werden und dergleichen mehr. Die vielgepriesene Demokratisierung der Verwaltung wird mit einem Schlage beseitigt. Die Gemeindeverordneten sprechen der Regierung Feldt, die im Verein mit den Bürgerlichen und der sozialdemokratischen Landtagsopposition die Aenderungsgesetzentwürfe eingebracht hat, ihr Schärfstes Mißtrauen aus. Gleichzeitig fordern sie die Gemeindeverordneten in allen Gemeinden auf, den Kampf gegen die geplanten Aenderungen mit aller Schärfe aufzunehmen.“

In Oberlungwitz wurde ein von der KPD. eingebrachter Antrag von der SPD. als Sozialdemokraten abgelehnt. In Wilsau ließ der sozialdemokratische Stadtverordnetenrat die von der KPD. eingebrachten Antrag gar nicht erst zu. Das Oberlofer Gemeindeverordnetenkollegium lehnte einen entsprechenden Antrag der KPD. gegen die Stimmen der KPD. und SPD. ab.

Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, bieten die bisherigen Abstimmungen kein einheitliches Bild. Einmütig und geschlossen standen nur die Kommunisten gegen die neue Gemeindeordnung. Die Bürgerlichen sowohl wie auch die Sozialdemokraten haben überall Schwierigkeiten gemacht. Nicht nur Bürgerliche, sondern auch Sozialdemokraten haben sich in manchen Orten gegen die Anträge der Kommunisten gewandt, ein Zeichen, daß die Opposition der Sozialdemokraten zumindest zweifelhafter Natur ist. Restlos für die kommunistischen Anträge eingeleitet haben sich die Sozialdemokraten nur dort, wo sie unter dem unausweichlichen Druck ihrer Mitglieder standen. Das kam zum Beispiel recht deutlich in Königs wald e zum Ausdruck, wo die sozialdemokratische Fraktion anfangs gelassen war, gegen den kommunistischen Antrag zu stimmen, aber unter dem Druck ihrer Mitglieder und der zahlreichen wührenden Arbeiter sich endlich bequemen, dem kommunistischen Antrag zuzustimmen.

Aus dieser Tatsache heraus erwacht uns die dringende Aufgabe, die Arbeiter, und insbesondere die SPD.-Arbeiter aufzurufen, damit sie die Gemeindeverordneten zwingen, die Gemeindeverordneten abzuschieben und für die kommunistischen Anträge zu stimmen.

Die Stellung der Bürgerlichen ist sehr geteilt. Während ein Teil entschieden gegen die Gemeindeverordneten aufgetreten ist, hat ein anderer Teil ebenfalls angeschlossen sich dafür eingeleitet. In einzelnen Orten haben die Parteifreunde des Herrn Blüher gegen die reaktionären Bestrebungen ihres Meisters ganz entschieden Front gemacht, ein Zeichen, daß auch in diesen Kreisen die Bestrebungen des Herrn Blüher durchaus nicht allgemeine Zustimmung finden. Der Grund hierzu wird darin zu suchen sein, daß die politischen Motive, die bei Herrn Blüher maßgebend waren, von seinen politischen Parteifreunden und Nachbarn nicht verstanden worden sind.

Aber jedenfalls zeigt der bisherige Verlauf der Protestkundgebungen, daß die Mehrzahl der Gemeindeverordneten sich gegen die neue Gemeindeordnung wendet. Deshalb muß in allen Gemeindeparlamenten der Proteststurm gegen den Anschlag der Blüher und Konjorten entfestelt werden.

Im Rechtsauschuss des Landtages ist inzwischen die erste Lesung der Gemeindeordnung beendet worden. Herr Blüher hat es also fertig gebracht, die Vorlage durchzusetzen, um sie heute ins Plenum des Landtages zu bringen. Bei den Verhandlungen am Dienstag und Mittwoch machten sich bei den linken Sozialdemokraten, die bislang die Opposition der Kommunisten mitmachten, schon sehr deutliche Bestrebungen geltend, die auf ein Nachlassen der Opposition hinausliefen. Wie wir vorausgelagt hatten, nahm man einige Verbesserungsanträge an, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die „Linten“ auf Grund von Verbesserungsanträgen umkippen. Selbst die „Chemnitzer Reueisten Raschke“ schreiben: „Die Obstruktion der Linkssozialisten hat etwas nachgelassen.“

Der Verrat bereitet sich vor. Die „Linten“, die jetzt völlig in der Gewalt des Parteivorstandes sind, werden nicht davor zurückschrecken. Deshalb ist es Pflicht der Arbeiter, mit erhöhter Aufmerksamkeit die Politik der „Linten“ zu verfolgen. Es gilt einen energischen Kampf gegen alle bestehenden Gemeindeordnungen zu führen, die auf Verschlechterung der bestehenden Gemeindeordnung hinauslaufen. Jedes Kompromiß bedeutet eine Verschlechterung. Daher müssen die Arbeiter verlangen, daß jedes Kompromiß abgelehnt wird. Verbesserung der Gemeindeordnung im revolutionären Sinne ist die Kampparole!